

## Bismarcks Kolonialpolitik

Von Winfried Baumgart, Mainz

Jacob Burckhardt hat in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ einmal von der Unerschöpflichkeit der Quellen gesprochen, so daß man sie, obwohl sie tausendmal schon ausgenutzt seien, immer wieder lesen müsse, „weil sie jedem Leser und jedem Jahrhundert ein besonderes Antlitz weisen“<sup>1</sup>. Als Beispiel führt er Thukydides an: Es könne sein, daß im Thukydides eine Tatsache ersten Ranges liege, die erst in hundert Jahren jemand bemerken werde.

Diese schlichte methodische Maxime soll an den Anfang der folgenden Überlegungen über die Motive für Bismarcks Kolonialerwerb gestellt werden. Über hundert Jahre ist es her, seit Deutschland in Afrika und im Stillen Ozean Kolonien erworben hat; über hundert Jahre hat man sich darüber gestritten, was denn Bismarcks Hauptmotiv dafür gewesen sein könne. Befriedigt und überzeugt hat bisher keiner der zahlreich vorgetragenen Erklärungsversuche. Das Rätselraten in dieser Sache hält an. Doch Rätsel raten sollte der Historiker eigentlich überhaupt nicht; er sollte die Quellen befragen, und zwar, wie es Burckhardt fordert, immer wieder befragen, wenn sie den Schlüssel zur Erklärung nicht gleich selbst mitliefern.

### I.

Einstimmigkeit herrscht in der Forschung darüber, daß Bismarck vor 1884 entschieden antikolonial eingestellt war, ebenso darüber, daß er bald ein Jahr nach ihrem Erwerb schon wieder kolonialmüde und schließlich kolonialfeindlich wurde. In seiner Kolonialphobie läßt sich demnach eine Kontinuität von 1862 bis 1890 feststellen, so daß die kurze Spanne von 1884/85 aus dem Rahmen herausfällt, also einen unverkennbaren Bruch darbietet. Die Quellenbelege für seinen Antikolonialismus sind zahlreich und be-

---

<sup>1</sup> *Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen. Historisch-kritische Gesamtausgabe. Mit einer Einleitung und textkritischem Anhang v. Rudolf Stadelmann* [o. O., o. J.], 44.

kannt; die wichtigsten und sprechendsten seien kurz angeführt. Sie liefern die Gründe für seine Haltung gleich mit und erhöhen den Erklärungsbedarf für seine vorübergehende Kehrtwendung von 1884/85 ganz augenfällig.

Als Bismarck im Frühjahr 1871 im Zuge der deutsch-französischen Friedensverhandlungen auf den französischen Kolonialbesitz in Indochina hingewiesen wurde, den sich Deutschland als Kriegsentschädigung übereignen lassen solle, hat er den Gedanken weit von sich gewiesen. Kolonien seien allein nützlich als Versorgungsposten für Beamte. Das zeige das Beispiel Englands und Spaniens. Kolonialbesitz wäre für Deutschland „genau so wie der seidne Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben“<sup>2</sup>. Der Anfang der achtziger Jahre sich bildenden und rasch anschwellenden Kolonialbewegung stemmte sich Bismarck eisern entgegen. Deutschland verfüge nicht wie England und Holland über eine geschulte Bürokratie, die ferne Länder verwalten könnte. Überseeisches Engagement koste Unsummen von Steuergeldern, werfe keinen volkswirtschaftlichen Nutzen ab, ver helfe nur wenigen Handelshäusern und Gewerbe- zweigen zu Gewinnen. Kolonisten und Kaufleute sollten sich der Sache annehmen. Einem Reichstagsabgeordneten erklärte er 1881 klipp und klar<sup>3</sup>: „So lange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik. Wir haben eine Flotte, die nicht fahren kann und wir dürfen keine verwundbaren Punkte in fernen Weltteilen haben, die den Franzosen als Beute zufallen, sobald es losgeht.“ Dieser eindeutigen ökonomischen und machtpolitischen Abneigung fügte Bismarck noch eine verfassungspolitische Variante hinzu. Für die Kolonialverwaltung sei ein Etat notwendig. Dieser müsse periodisch beraten und bewilligt werden, und zwar vom Reichstag. Den Parteien eröffne man damit ein neues, höchst unliebsames parlamentarisches Experimentier- und Exerzierfeld<sup>4</sup>.

Das Arsenal der kolonialpolitischen Antipathien war bei Bismarck also reichlich gefüllt: militärpolitisch, wirtschaftspolitisch, außenpolitisch und innenpolitisch sah er nichts als Lasten und Kosten auf das Deutsche Reich zukommen, wenn es Kolonien besäße.

Kaum ein Jahr, nachdem Deutschland 1884/85 unter maßgeblicher Initiative Bismarcks mehrere Kolonien in Afrika und Melanesien erworben hatte, lassen sich in den einschlägigen Quellen nicht eigentlich Resignation und Desillusionierung feststellen — denn entsprechende Erwartungen lassen

<sup>2</sup> *Otto Fürst von Bismarck*, Die gesammelten Werke, Bd. 7: Gespräche, Berlin 1924, 503. Vgl. ebd. auch 382.

<sup>3</sup> *Heinrich Ritter von Poschinger*, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 3: 1879-1890, Breslau 1896, 54.

<sup>4</sup> Nachweis in: Deutsche Kolonialpolitik in Dokumenten. Gedanken und Gestalten aus den letzten fünfzig Jahren, hrsg. u. eingel. v. *Ernst Gerhard Jacob*, Leipzig 1938, 28.

sich ja nicht ausfindig machen —, sondern schlichtweg wieder die frühere Abneigung gegen jedwedes überseeische Engagement. Als ihm im Herbst 1885 der Afrikareisende Eduard Flegel und der deutsche Kolonialverein anboten, eine „dauernde wirtschaftliche Besitzergreifung“ des Benuëgebietes in Westafrika vorzubereiten, winkte er brüsk ab<sup>5</sup>: „Ich wünsche auf keinen Fall die Erneuerung der Spannung mit England über Kolonialfragen.“ Die Flegelsche Expedition sei „für das nächste Jahr abzuschneiden“. Im Juli 1886 klagte er gegenüber dem Chef der Reichskanzlei<sup>6</sup>: „Was hat die ostafrikanische Gesellschaft bisher erreicht? Bergwerke lassen sich in ihrem Gebiet nicht anlegen. Daß sie Weizen anbaut, liegt nicht in unserem Interesse, sie würde dann nur der einheimischen Landwirtschaft weiter Konkurrenz machen. Also muß sie sich auf Plantagenwirtschaft werfen. Wer soll aber all den Kaffee trinken, der auf 30.000 km<sup>2</sup> wachsen kann?“ Schließlich wurde Bismarck der deutschen Kolonien gänzlich überdrüssig und wollte sie wieder abstoßen. Gegenüber Botschafter Schweinitz verwünschte er Samoa und Afrika. Die Beschäftigung mit Kolonialangelegenheiten langweilte ihn aufs höchste. Zunächst wollte er sie der Admiralität übergeben; er bot sie gar dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi zum Kauf an, der sich sogleich mit einem entsprechenden Gegenangebot revanchierte. Im Herbst 1889 trug er die Kolonialgeschäfte der Hansestadt Hamburg an. Dem dortigen Bürgermeister erklärte er<sup>7</sup>, sein „Gewerbe“ sei, „Europa den Frieden zu erhalten; wenn ich das tue, bin ich bezahlt [. . .]. Kurz, das Auswärtige Amt wird die Kolonialsache los oder es wird mich los“. Tatsächlich war der Helgoland-Sansibar-Vertrag, der nach Bismarcks Abgang von seinem Nachfolger Caprivi mit England abgeschlossen wurde, von ihm selbst vorbereitet worden.

Am prägnantesten rückte Bismarck den Stellenwert seiner Kolonialpolitik in einer Äußerung gegenüber dem deutschen Afrikaforscher Eugen Wolf am 5. Dezember 1888 zurecht<sup>8</sup>: „Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.“

---

<sup>5</sup> Nachweis bei *Winfried Baumgart*, *Der Imperialismus. Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880-1914*, Wiesbaden 1975 (Wissenschaftl. Paperbacks, 7), 107.

<sup>6</sup> Nachweis bei *Hans-Ulrich Wehler*, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln/Berlin 1969, 361, Anm. 1.

<sup>7</sup> Nachweis bei *Baumgart*, *Imperialismus* (Anm. 5), 108.

<sup>8</sup> *Otto Fürst von Bismarck*, *Die gesammelten Werke*, Bd. 8: *Gespräche*, Berlin 1926, 646.

## II.

Im Gesamtzusammenhang von Bismarcks Politik blieb der Kolonialerwerb von 1884/85 eine bloße Episode. Das gleiche Urteil trifft auch auf die deutsche Kolonialgeschichte im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte der Neuzeit überhaupt zu. 1914 bei Kriegsausbruch gingen die deutschen Kolonien faktisch, 1919/20 in Versailles auch völkerrechtlich verloren. Zieht man eine Bilanz der drei Jahrzehnte der deutschen Kolonialherrschaft, so ergibt sich in der Hauptsache folgendes:

Die demographischen Voraussagen, die in der deutschen Kolonialpropaganda lauthals vorgetragen wurden, daß etwa die Kolonien als Auswanderungsgebiet für die überschüssigen Bevölkerungsteile, zumal die sozial unruhigen, dienen könnten, sind von Jahr zu Jahr immer deutlicher Lügen gestraft worden. Die Zahlen sprechen eine ganz nüchterne Sprache<sup>9</sup>: In einem Kolonialgebiet von ungefähr 2,5 Mio. km<sup>2</sup>, also einem Areal von fast fünfmal der Fläche des Deutschen Reiches, lebten im Jahre 1904 5.495 Deutsche. Die Zahl entspricht der Einwohnerzahl eines größeren deutschen Dorfes. Die Hälfte von ihnen siedelte in Deutsch-Südwestafrika. Die gesamte weiße Bevölkerung in den deutschen Kolonien belief sich im selben Jahr auf 8.000, im Jahr 1909 auf 15.000 und im Jahr 1911 auf über 21.000. Sie stieg also zwar an, im Vergleich zum Wachstum der deutschen Bevölkerung und der deutschen Auswanderung (1881 wanderten 221.000 Deutsche aus; zwischen 1871 und 1901 insgesamt 2 3/4 Mio.) indes in einem verschwindend geringen Ausmaß. Es lag auf der Hand, daß die deutschen Kolonien niemals zum „Lebensraum“ des „Volks ohne Raum“ werden würden, wie das die Kolonialschwärmer prophezeiten. Die deutschen Behörden verhielten sich denn auch realistisch genug, die Auswanderung in die deutschen Kolonien, die ja allesamt ungesunde Tropen- und Wüstenkolonien waren, nicht nur nicht zu fördern, sondern sie systematisch zu erschweren.

Die Bilanz in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht führt zu ganz ähnlichen Ergebnissen<sup>10</sup>.

<sup>9</sup> Nachweis bei *Winfried Baumgart*, *German Imperialism in Historical Perspective*, in: *Germans in the Tropics. Essays in German Colonial History*, ed. by Arthur J. Knoll/Lewis H. Gann, New York [u. a.] 1987, 159.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., 160 (bes. *Francesca Schinzinger*, *Die Kolonien und das Deutsche Reich. Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee*, Stuttgart 1984 [Wissenschaftl. Paperbacks, 20], 120-127, 149-153). Ferner die neueren Überblicke *Klaus J. Bade*, *Die deutsche Kolonialexpansion in Afrika*, in: *Afrika im Geschichtsunterricht europäischer Länder. Von der Kolonialgeschichte zur Geschichte der Dritten Welt*, hrsg. v. Walter Fürnrohr, München 1982 (Politik — Recht — Gesellschaft, 4), 35-42. — *Horst Gründer*, *Geschichte der deutschen Kolonien*, Paderborn u. a. 1985 (Uni-Taschenbücher, 1332), 235-247.

Der Anteil des deutschen Kolonialhandels am deutschen Export bewegte sich in den Jahren 1900-1914 zwischen 0,5 und 0,8 %, am Import zwischen 0,1 und 0,5 %. Deutschlands Anteil am Gesamtaußenhandel der Kolonien fiel von durchschnittlich 35,2 % im Jahrzehnt zwischen 1894 und 1903 auf 26,6 % im darauffolgenden Jahrzehnt. Unter den Drittländern, die mit den deutschen Kolonien Handel trieben, rangierten England und seine Kolonien an der Spitze. So kontrollierte Sansibar 1903 mehr als die Hälfte des Außenhandels von Deutsch-Ostafrika, Deutschland dagegen nur ein Viertel. Der Außenhandel der Marianen und Samoas war fest in den Händen von Drittländern; nur in seinen westafrikanischen Kolonien war Deutschland vorherrschend. Kurzum, die Kolonien waren weder Absatzgebiete für deutsche Produkte noch Lieferanten von Rohstoffen in irgendwie nennenswertem Umfang.

Als Aufnahmegebiet für deutsches Investitionskapital spielten die Kolonien ebenfalls keine Rolle. Deutschland hatte bis 1913 in seinen Kolonien die lächerliche Summe von 505 Mio. Mark investiert. Das entspricht etwa dem Betrag, den deutsche Kapitalgesellschaften in den neunziger Jahren in den südafrikanischen Goldminen angelegt hatten. Verglichen mit der Gesamtsumme des bis 1914 exportierten deutschen Kapitals (25 Mrd. Mark) beläuft sich der Anteil der deutschen Kolonien auf 2 %. Der deutsche Kapitalstrom floß in erster Linie in europäische Länder und in den Nahen Osten; nur zu einem kleinen Teil tröpfelte er nach Übersee und zu einem noch geringeren Teil in die deutschen Kolonien.

Vom wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt also war der deutsche Kolonialerwerb ein Verlustgeschäft. Außer Togo und Samoa waren die Kolonien Zuschußgebiete. Der deutsche Steuerzahler mußte das Budget der defizitären Kolonien ausgleichen. Im Rechnungsjahr 1912 waren die Schulden der Kolonien auf über 171 Mio. Mark angewachsen. Für die Jahre 1913 bis 1917 waren jährlich 29 Mio. Mark als Reichszuschüsse vorgesehen. In diesen Zahlen sind noch nicht die verborgenen Kosten für Subventionen an die Schifffahrtslinien, für die Bereithaltung von Seestreitkräften u. ä. enthalten. Anstatt daß Kolonien wie in der merkantilistischen Zeit des 18. Jahrhunderts Milchkühe waren, die vom Mutterland gemolken wurden, waren sie in der Zeit des Imperialismus kostspielig Prestigeobjekte.

### III.

Aufgrund dieser negativen Bilanz, die nicht erst nachträglich von der Forschung, sondern auch schon von den Zeitgenossen gezogen worden ist, und aufgrund der durchgängig feststellbaren Kolonialantipathie Bismarcks ist es geradezu verblüffend, daß der deutsche Reichskanzler 1884 den

Sprung nach Afrika gewagt hat. Die verschiedensten Gründe sind dafür ins Feld geführt worden. Die meisten haben einen gewissen Grad an Plausibilität; kein einziger, auch nicht eine Kombination der angebotenen Erklärungen, kann die zahlreich verbleibenden Widersprüche beiseite räumen.

Mehrere Faktoren sind bei der Suche nach dem noch nicht gefundenen Zentralmotiv besonders zu beachten. Da ist zunächst die schon belegte generelle Kolonialfeindlichkeit Bismarcks. Damit zusammenhängend ist der Umstand bemerkenswert, daß Bismarck selbst in der kurzen Phase seines Kolonialengagements kein vernünftiges Konzept einer irgendwie folgerichtigen Kolonialpolitik entwickelt, geschweige denn praktiziert hat. Die Idee, die deutschen „Schutzgebiete“ nach dem Vorbild der englischen Chartergesellschaften einzurichten, war von vornherein fragwürdig, von ihm wohl auch nicht ernstgemeint und scheiterte auch sofort kläglich. Erstaunlich ist weiterhin, daß Bismarck mit seinem Auftritt auf der Kolonialbühne England vor aller Welt maßlos demütigte. Die Besetzung Ägyptens 1882, durch die sich England in eine völkerrechtlich leicht angreifbare Position hineinmanövriert hatte, nutzte der Reichskanzler weidlich aus, um die englische Politik immer wieder unter Druck zu setzen<sup>11</sup>. Sein Sohn Herbert nannte 1884 den „Zankapfel Ägypten [. . .] für unsere Politik geradezu ein Geschenk des Himmels“<sup>12</sup>. Mit der Kongo-Konferenz, die Bismarck im Winter 1884/85 nach Berlin einberief, zerrte er England vor ein internationales Tribunal, das der alten Kolonialmacht kolonialpolitisches Wohlverhalten vorschrieb<sup>13</sup>. Gleichzeitig entfesselte er in der deutschen Öffentlichkeit, mit Hilfe der vom Auswärtigen Amt gelenkten Presse und von Weißbüchern, eine primitive antienglische Kampagne, die bis in den Sommer 1885 andauerte. Korrespondierend damit demonstrierte er gegenüber Frankreich eine Freundschaft, wie sie sonst in seiner Außenpolitik ihresgleichen sucht.

Nun hat man in der Forschung die genannten Faktoren, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung, durchaus schon erkannt, hat sie aber irrtümlicherweise zum Teil zu den eigentlichen Triebfedern seiner Kolonialpolitik gestempelt, ohne sie als Bausteine eines ausgeklügelten Systems hinzustellen, vor allem ohne den Schlußstein und das krönende Dach seines Motivgebäudes ausfindig gemacht zu haben.

---

<sup>11</sup> Über Bismarcks Ägyptenpolitik wird demnächst die Mainzer Dissertation von Stefan Grus näheren Aufschluß bieten.

<sup>12</sup> Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz, hrsg. u. eingel. v. *Walter Bußmann*, Göttingen 1964 (Dt. Geschichtsquellen des 19. u. 20. Jahrhunderts, 44), 259.

<sup>13</sup> Vgl. dazu zuletzt Bismarck, Europe, and Africa. The Berlin Africa Conference 1884-1885 and the Onset of Partition, ed. by *Stig Förster u. a.*, Oxford 1988.

Bevor darauf eingegangen wird, seien noch die wichtigsten Urteile der Forschung über Bismarcks Kolonialpolitik repräsentativ und in gebotener Kürze zusammengestellt<sup>14</sup>.

Bis 1914 herrschte die Meinung vor, Bismarck habe die Kolonien aus nationalen Prestigegründen erworben (u. a. Paul Darmstädter, Maximilian von Hagen). Hermann Oncken und Friedrich Meinecke haben auf den Druck der Kolonialbewegung und -propaganda in der deutschen Öffentlichkeit hingewiesen, der Bismarck nachgegeben habe. Mary E. Townsend sieht in Bismarcks Kolonialpolitik einen machiavellistischen Kunstgriff. Der Reichskanzler habe eigentlich eine expansionistische Handelspolitik betrieben, in überseeischen Gebieten dafür ein günstiges Objekt gesehen und die Gelegenheit beim Schopfe gepackt, als die außenpolitische Situation im Frühjahr 1884 günstig schien und die öffentliche Meinung in Deutschland in kolonialer Hochstimmung war. A. J. P. Taylor legt ebenfalls besonderen Wert auf die europäische Mächtekonstellation und erkennt im deutschen Kolonialerwerb ein Instrument Bismarcks, um mit Frankreich eine Kolonialentente (gegen England) einzuleiten, die französische Aufmerksamkeit von Elsaß-Lothringen abzuziehen, mit Frankreich also zur Versöhnung zu gelangen. Hans Herzfeld lenkte den Blick auf innen-, genauer parteipolitische Ziele. Bismarck habe mit seiner Kolonialpolitik die kolonialbegeisterten Nationalliberalen stärker an sich binden wollen, um einen Damm gegen die Linksliberalen aufzurichten. Dieser Gedanke ist von Hansjoachim Henning später variiert worden. Auf die antienglische Komponente von Bismarcks Kolonialpolitik sind Paul Kluge und Werner Richter zurückgekommen. Hans-Ulrich Wehler hat alle bisherigen Erklärungsversuche vom Tisch gewischt und eine Sozialimperialismus-These entwickelt, die wegen ihrer maßlosen Übertreibung und Verabsolutierung am wenigsten von den in der Forschung dargebotenen Deutungen überzeugt. In den anderen liegen immerhin Teilwahrheiten. Das gilt auch für eines der neuesten Urteile, das Lothar Gall in seiner Bismarck-Biographie ausgesprochen hat. Er lenkt wieder in Taylorsche Bahnen zurück und sieht in der profranzösischen und antienglischen Kolonialwende das Zukunftsziel, an die Stelle des europäischen Gleichgewichts ein Weltgleichgewicht zu setzen und durch eine „Art kontinentale Blockbildung“<sup>15</sup> die Flügelmächte England und Rußland in Schach zu halten.

---

<sup>14</sup> Zum folgenden vgl. u. a. *Hartmut Pogge von Strandmann/Alison Smith, The German Empire in Africa and British Perspectives: A Historiographical Essay*, in: *Britain and Germany in Africa. Imperial Rivalry and Colonial Rule*, ed. by Prosser Gifford/William Roger Louis, New Haven/London 1967, 709-765.

<sup>15</sup> *Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980, 622.

Einen isolierten Platz im Chor der Kolonialinterpreten nimmt die Stimme des Bismarck-Biographen Erich Eyck ein. Sie scheint in den Kernbereich der Ursachenschichten für Bismarcks Kolonialpolitik vorzustößen. Allerdings hat Eyck seine Eingebung nicht weiter entwickelt, sondern sie einfach konstatiert. Sie drängte sich ihm eigentlich aus seiner Bismarck kritischen, liberalen und proenglischen Sicht geradezu auf, ohne daß er sie in ein besonders grelles Licht hätte rücken müssen. Eyck weist auf Bismarcks Angst vor einem künftigen „Gladstone-Kabinett“ in Berlin hin und bringt sie in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kolonialerwerb von 1884/1885<sup>16</sup>. Bismarck habe, um eine deutsche „Gladstone-Regierung“ zu verhüten, die für ihn eine persönliche und — da er seine Person mit seinem Werk identifizierte — nationale Katastrophe bedeutet haben würde, alles getan, um die deutsch-englischen Beziehungen zu belasten, dadurch eine proenglische Haltung des Thronfolgers Friedrich unmöglich zu machen und ihn auf eine prorussische Politik, das Kernstück seines außenpolitischen Systems, festzulegen. Das deutsche Kolonialengagement im Frühjahr 1884, als England wegen des russischen Vorstoßes nach Merv in Richtung Afghanistan am Rande eines Krieges mit Rußland stand, sei das beste Mittel gewesen, um die deutsch-englischen Beziehungen zu verschlechtern, zumal sie durch ein koloniales Techtelmechtel mit Frankreich, Englands Erzrivalen in Übersee, noch höher gespannt werden konnten. Außerdem sei der deutsche Sprung nach Afrika ein wirksames Instrument gewesen, um die Linksliberalen in Deutschland zu diskreditieren, die als Friedrichs Klientel ausgesprochen kolonialfreundlich waren, und das zu einer Zeit, in der die deutsche öffentliche Meinung in ein Kolonialfieber geriet.

Der Vortragende ist unabhängig von Erich Eyck über eine andere Fährte zu derselben Anschauung gelangt. Er hat vor Jahren in der Historischen Zeitschrift einen Aufsatz veröffentlicht über eine 1873/74 künstlich von Bismarck inszenierte deutsch-französische Krise, eine Art Vorspiel zur bekannten „Krieg-in-Sicht-Krise“<sup>17</sup>. Diese Krise ist über einen Indizienbeweis schließlich darauf zurückzuführen, daß Bismarck mit Hilfe einer außenpolitischen Provokation den deutschen Botschafter in Paris, den Grafen Arnim, ausbooten wollte, in dem er einen gefährlichen Widersacher und den künftigen Reichskanzler witterte. Am Schluß war gesagt worden, daß man mit Hilfe dieses „Nachfolger-Syndroms“ auch anderen bislang rätselhaften Eskapaden Bismarcks, etwa der „Krieg-in-Sicht-Krise“ selbst, vielleicht endlich beizukommen vermöge.

Bringt man nun dieses Syndrom mit Bismarcks kolonialpolitischer Wende in Verbindung und sucht nach entsprechenden Quellenzeugnissen, so

<sup>16</sup> *Erich Eyck*, Bismarck, Bd. 3, Erlenbach/Zürich 1944, 400-401.

<sup>17</sup> *Winfried Baumgart*, Prolog zur Krieg-in-Sicht-Krise. Bismarcks Versuch, den Kulturkampf in die Türkei zu exportieren (1873/74), in: HZ 236 (1983), 297-325.

gelangt man schließlich Glied für Glied zu einer frappierenden, bruchlosen Erklärungskette. Sie kann hier nicht im einzelnen erläutert werden. In der in Vorbereitung befindlichen Mainzer Dissertation von Axel Riehl<sup>18</sup>, die voraussichtlich 1992 gedruckt vorliegen dürfte, wird diesem Zentralmotiv mit all seinen einzelnen Bauelementen erschöpfend nachgegangen.

#### IV.

Im folgenden seien die wichtigsten Glieder der Kette zusammengestellt und einige repräsentative Quellenbelege genannt:

1. Mitte der achtziger Jahre war mit dem baldigen Ableben Kaiser Wilhelms I. zu rechnen. Er war 1797 geboren. Analysiert man seinen Gesundheitszustand um die Jahreswende 1883/84, so hätte keiner der Eingeweihten ihm ein längeres Weiterleben mehr zugetraut. Ein Ohnmachtsanfall löste den anderen ab. Im menschlichen und politischen Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler war Bismarck eindeutig der dominierende und tonangebende Part. Wilhelm hat die geistige Führung Bismarcks zwar nicht fraglos, aber im ganzen billigend anerkannt. Er teilte mit Bismarck die politischen Grundmaximen: Mit der konstitutionellen Monarchie der Prägung von 1871 waren sie beide einverstanden; die außenpolitische Stützung auf die konservativen Ostmächte, vor allem auf Rußland, war ebenfalls beider Gemeingut.

2. Ganz anders sieht das Verhältnis zwischen Bismarck und dem Kronprinzen aus. Es war seit 1862 durchgehend gespannt. Hauptgrund dafür waren die fundamental gegensätzlichen politischen Ansichten und damit zusammenhängend eine starke Geringschätzung der geistigen Fähigkeiten Friedrich Wilhelms durch Bismarck. Der Kronprinz huldigte von Anfang an einem gemäßigten Liberalismus, der durch die Heirat mit der englischen Prinzessin Victoria noch verstärkt wurde. Er lehnte Bismarcks föderalistisch-partikularistische Reichsgründung ab. Außenpolitisch schwebte ihm im Gegensatz zu Bismarcks konservativer Drei-Kaiser-Konzeption ein anti-russischer Vierbund vor, bestehend aus Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien und England. Die politischen Vertrauten des Kronprinzen kamen fast alle aus dem Kreise liberaler Politiker und waren Intimfeinde Bismarcks; zu ihnen zählten Ludwig, Bamberger, Eduard Lasker, Max von Forckenbeck, Franz von Roggenbach, aber auch Albrecht von Stosch. Es war zu erwarten, daß nach einem Thronwechsel Friedrich über kurz oder lang seine politischen Mitarbeiter aus diesem Kreise rekrutieren würde. Bismarck hatte

---

<sup>18</sup> Arbeitstitel: „Bismarcks Motive für den Eintritt in die deutsche Kolonialpolitik“. — Der Vortragende weiß sich den bisherigen Ergebnissen Riehls verpflichtet.

daher gegenüber dem Kronprinzen einen abgrundtiefen Haß entwickelt. Die Belege dafür sind zahlreich. Daß dieser Haß bis in traumatische Regionen vorstieß, zeigt eine Äußerung Herbert von Bismarcks aus dem Jahre 1883<sup>19</sup>. „Ich habe immer das Gefühl, als ob ein unschätzbares Kunstwerk, das nach jahrelangen Mühen musterhaft hergestellt ist, in die Hände eines törichten, eigensinnigen Kindes geraten soll, ohne daß man es vor dem sicheren Ruin zu bewahren vermag. [ . . . ] Wenn man darüber nachdenkt, so kann man verzweifelt traurig werden — nein mich ekelt es!“ Hier wird deutlich, daß Bismarck — auch wenn er durch seinen Sohn spricht — den künftigen Kaiser als den Reichsverderber, als den Totengräber Deutschlands ansah.

3. Bismarck übertrug seine tiefe Abneigung gegen den Kronprinzen auch auf dessen Gemahlin und über sie auf Gladstone, der 1880 Disraeli als Premierminister abgelöst hatte. Sein Haß auf diesen Politiker trägt streckenweise pathologische Züge. Holstein vermerkt in seinem Tagebuch unterm 18. Januar 1884 die „namenlose Geringschätzung“ Bismarcks gegen Gladstones Befähigung für Politik<sup>20</sup>. Bismarck kolportierte im engsten Kreise ein angebliches Wort Palmerstons über Gladstone: „If that man ever gets to the head of affairs, he will drag his country through the mud and end in a madhouse.“ Am 3. September 1884 schrieb Herbert von Bismarck an Holstein<sup>21</sup>: „Ich [ . . . ] hoffe, daß unsere Politik will avail itself of this most favourable moment, um Gladstone gegen die Wand zu quetschen, daß er nicht mehr japsen kann. Er muß im allgemeinen Interesse ad absurdum geführt werden, aber erst die Engländer noch mehr in den Dreck reiten, damit sein Prestige selbst bei der Masse des dummen englischen Wählers erlischt.“ Diese Briefstelle ist in mehrerlei Hinsicht ein sprechendes Zeugnis für den Zusammenhang von Bismarcks Gladstone-Bild und seiner Kolonialpolitik. Es genügt zunächst, darauf hinzuweisen, daß Bismarck nichts weniger als die Beseitigung Gladstones bezweckte. Ihm war dafür selbst das schmutzigste Mittel recht. So ließ er einen ähnlich gladstonefeindlichen Brief seines Sohnes vom November 1883<sup>22</sup> anonym und teilweise wörtlich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abdrucken. Der Brief griff nicht nur die Person Gladstones, sondern die Führungsverhältnisse in England unter den Liberalen überhaupt an, beschrieb die Zersetzung der ehrwürdigen englischen Verfassungsinstitutionen und malte das Bild eines herunter-

<sup>19</sup> Philipp Fürst zu Eulenburg und Hertefeld, Aus 50 Jahren. Erinnerungen, Tagebücher, Briefe aus dem Nachlaß des Fürsten, hrsg. v. Johannes Haller, Berlin 1923, 180.

<sup>20</sup> Die geheimen Papiere Friedrich Holsteins, hrsg. v. Norman Rich/M. H. Fisher, deutsche Ausgabe v. Werner Frauendienst, Bd. 2: Tagebuchblätter, Berlin/Frankfurt 1957, 64. — Das folgende Zitat ebd.

<sup>21</sup> Ebd., Bd. 3: Briefwechsel, Göttingen [u. a.] 1961, 117.

<sup>22</sup> H. v. Bismarck (Anm. 12), 178-184.

gekommenen republikanischen England, das eine Gefahr für ganz Europa bedeuten werde, an die Wand. Bismarck scheute sich nicht, in diesen Monaten immer wieder vor der für Deutschland tödlichen Gefahr einer Übertragung der „englischen Zustände“ zu warnen. Bei solch andauerndem Trommelfeuer mußte klar werden, daß er auf Gladstone einschlug und den Kronprinzen mit seinem liberalen Anhang treffen wollte. Höhepunkt des Bismarckschen Anti-Gladstoneanismus dürfte eine Quelle sein, die man vergeblich in Bismarcks Gesammelten Werken sucht. Obwohl es ein amtliches Schriftstück ist, nämlich ein (vertraulicher) Erlaß Bismarcks vom 26. Februar 1884 an den deutschen Botschafter in St. Petersburg, Schweinitz, haben sich die Herausgeber aus seinerzeit erklärlichen Gründen gescheut, diese Quelle, die eine einzige rasende Haßtirade gegen Gladstone darstellt, zu veröffentlichen. Noch 1937 wurde das Aktenstück im Auswärtigen Amt mit dem Sperrvermerk versehen: „Der Erlaß [. . .] ist zur Veröffentlichung nicht freizugeben.“ Medlicott hat ihn 1956 ans Licht der Welt gezogen<sup>23</sup>. Der Erlaß spricht von der „notorischen Unfähigkeit des Herrn Gladstone, ein Land wie England zu regieren“, prophezeit, daß bei „ungemessener Fortdauer des Gladstone'schen Regimentes“ England „innerlich zersetzt und republikanisiert“ werde und gipfelt in dem Satz: „Ein so wesentliches Glied der europäischen Gemeinschaft, wie England, kann nicht in schwere Krankheit und Zuckungen verfallen, ohne ganz Europa in Mitleidenschaft zu ziehen. Die jetzige englische Regierung, an deren Spitze ein Mann steht, dem außer seiner verhängnisvollen Gabe der Beredtsamkeit jede Eigenschaft eines Staatsmannes in dem Maße fehlt, daß ich geneigt bin, ihn als geisteskrank anzusehen, wird mit solchem Ungeschick geführt, daß es, wenn die Möglichkeit dazu überhaupt vorläge, nützlich sein würde, jenes große Reich zur Wahrnehmung seiner Interessen unter eine Curatel der übrigen Christenheit zu stellen.“

## V.

Setzt man nun Bismarcks Ängste vor dem Thronwechsel in Deutschland und vor einer Weiterregierung Gladstones über den Thronwechsel hinaus, der zu einer deutsch-englischen liberalen Liga mit all ihren von Bismarck befürchteten apokalyptischen Folgen (Republikanisierung Deutschlands, Zerschlagen des Werkes von 1871, Untergang des monarchischen Gedankens in Europa) führen würde — setzt man diese Ängste mit Bismarcks plötzlichem Kolonialinteresse in Verbindung, so fügen sich Versatzstücke zusammen, die einfach zusammengehören. Und für diesen Zusammenhang

---

<sup>23</sup> W. N. Medlicott, *Bismarck, Gladstone, and the Concert of Europe*, London 1956 (University of London Historical Studies, 4), 341-343.

gibt es durchaus die entsprechenden direkten Quellenbelege. Man muß sie nur in diesen Kontext einbringen.

Axel Riehl, Doktorand in Mainz, hat in minutiöser Spurensuche zahlreiche veröffentlichte und unveröffentlichte Belege gefunden, die den hier entwickelten Zusammenhang stützen. Zwei oder drei von ihnen sind allein schon tragfähig genug, um die These, das als Hauptmotiv für Bismarcks Kolonialpolitik sein verzweifelttes Arbeiten gegen ein deutsches „Ministerium Gladstone“ anzusehen ist, zu untermauern. Starbelege stammen teils direkt von Bismarck, teils aus einem sehr kleinen Kreis von Eingeweihten, und zwar gleichermaßen von Freunden und Feinden. Am 19. September 1884 notierte sich Holstein in sein Tagebuch<sup>24</sup>: „Fürst Bismarck hat dem Kaiser Alexander in Skierniewice gesagt, die deutsche Kolonialpolitik habe nur den Zweck, einen Keil zwischen den Kronprinzen und England zu schieben. Der Kaiser, welcher gerade mit Besorgnis davon gesprochen hätte, wie die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland nach dem Tode vom Kaiser Wilhelm sich gestalten würden, bemerkte: ‚Voilà, qui est intelligent.‘“ Im März 1890 gab General Schweinitz in einem Gespräch mit Herbert von Bismarck seiner Verwunderung Ausdruck über Bismarcks Kolonialpolitik, „die doch mit allem in Widerspruch“ stehe, „was er früher gesagt, gedacht und getan“ habe<sup>25</sup>. Darauf erwiderte Herbert: „Als wir in die Kolonialpolitik hineingingen, war der Kronprinz noch nicht krank, und wir mußten auf eine lange Regierung desselben gefaßt sein, während welcher der englische Einfluß dominieren und uns zum Kriege für britische Interessen unzweifelhaft mißbrauchen würde; um diesem vorzubeugen, mußte die Kolonialpolitik eingeleitet werden, welche volkstümlich ist und jeden Augenblick Konflikte mit England herbeiführen kann.“ Es fügt sich folgerichtig in den Zusammenhang zwischen Bismarcks Kolonialpolitik und seiner scharfen antienglischen, primär gegen Gladstone und den von ihm vertretenen Liberalismus gerichteten Haltung, daß der Reichskanzler just in dem Augenblick jedes aktive Interesse an der Kolonialpolitik aufgab, als im Juni 1885 das Kabinett Gladstone stürzte und einer neuen konservativen Regierung Salisbury Platz machte. Von nun an ordnete Bismarck die deutsche Kolonialpolitik guten Beziehungen zu England eindeutig unter. Salisburys Verbleiben im Amt hielt er für „hundertmal mehr wert [. . .] als das gesamte Ostafrika“ oder als „zwanzig Sumpfkolonien in Afrika“<sup>26</sup>. In den folgenden Jahren lassen sich zahlreiche Planspiele nachweisen, die deutschen Afrikakolonien zur Disposition zu stellen. Sie wurden allerdings nicht Wirklichkeit, weil nun das Motiv des nationalen Prestiges den Verzicht auf Kolonialbesitz — das neue Attribut einer Großmacht — nicht zuließ.

<sup>24</sup> Holstein (Anm. 20), Bd. 2, 174.

<sup>25</sup> Briefwechsel des Botschafters General v. Schweinitz, Berlin 1928, 193.

<sup>26</sup> Nachweis bei Wehler (Anm. 6), 364.

In der Arbeit von Axel Riehl werden die hier geknüpften Zusammenhänge noch wesentlich verzweigter und feiner verästelt analysiert werden. Es geht darin noch um folgende Bereiche: die Erwartung des Thronwechsels 1883-85; Bismarcks Verhältnis zum Kronprinzen und zur Kronprinzessin in diesen Jahren; sein Gladstone-Syndrom im gleichen Zeitraum; seine Auseinandersetzung mit den Linksliberalen; die Affäre um Eduard Lasker; den Wahlkampf und die Wahlen von 1884, bei denen die Kolonialpolitik eine prominente Rolle spielte; seine 1884 betriebene Reaktivierung des Staatsrates, der den Kronprinzen einrahmen sollte und bezeichnenderweise im Sommer 1885 wieder in der Versenkung verschwand, als das Verhältnis zu Friedrich sich besserte; seine ebenfalls im Frühjahr 1884 eröffnete und gegen den Kronprinzen gerichtete Initiative, die Kompetenzen des Bundesrats zu stärken; und schließlich das bulgarische Heiratsprojekt, also den Versuch, die Tochter des Kronprinzenpaares mit dem Fürsten von Bulgarien zu verheiraten, und Bismarcks Kampf, dieses rußlandfeindliche Projekt mit allen Mitteln zu hintertreiben. In Verknüpfung mit der Kolonialpolitik werden diese mehr oder minder bekannten Episoden einen neuen Sinn erhalten.